

Nationalitätenpolitik und Ethnogenese in der Sowjetunion : ein Beitrag zur Entwicklung der kommunistischen Nationalitätentheorie

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160001>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

NATIONALITÄTENPOLITIK UND ETHNOGENESE IN DER SOWJETUNION

*Ein Beitrag zur
Entwicklung der kommunistischen Nationalitätentheorie*

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Die Weltsensation um jene zehntausend Worte Stalins zur Kritik der Sprachwissenschaft in der Sowjetunion führte im Osten und Westen meistens zu Kommentaren, die, bewußt oder unbewußt, am Wesentlichen vorbeigingen. Handelte es sich in dem Beitrag des Generalissimus um eine Befreiungsaktion für die Linguistik von der Diktatur des 1934 mit siebzig Jahren verstorbenen Gelehrten N. J. Marr? Oder sollte die Stalinsche Meinungskundgebung zur marxistischen Sprachtheorie die machtpolitische Willkür gegenüber der freien Forschung erst recht sinnfällig machen? Die offizielle Lesart des Kremls lautete wohl dahingehend, daß der «Führer und Lehrer des Sowjetvolkes» inmitten einer Epoche «imperialistischer Kriegshetze» sich über den Tageslärm erhaben hinwegsetzte, um einem Durchbruch neuer Kräfte der Wissenschaft den Weg zu bahnen. Dazu erläuterte die sowjetische Halbmonatsschrift «Bolschewik» unlängst, es sei «allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Meinungskampf, ohne Freiheit der Kritik sich entfalten und aufblühen» könne. Die überraschten westlichen Fachleute verhielten sich angesichts der unleugbaren Schwenkung zum «bürgerlichen» Lager der Wissenschaft abwartend. Wieder einmal werteten die meisten den Anlaß als Einzelerscheinung, ohne das ereignisreiche Jahrzehnt vorher als lebendigen Hintergrund zu beachten. Das Stalin locutus war ein abschließendes Symptom der Oberfläche für die Einzeldisziplin der Linguistik. Tatsächlich hatte sich die «Verbürgerlichung» sämtlicher historischer Disziplinen in der UdSSR bereits zu Beginn des Zweiten Weltkrieges mit einer sehr beachtlichen Wechselwirkung zwischen praktischer Politik und theoretischer Wissenschaft vollzogen. Während 1950 im Westen die Diskussion in kleinen Wellen verebbte, hatte sich im Bereich des Ostblocks die Tiefenwirkung des neuen Impulses mit einer unerwarteten Parallelschaltung bolschewistischer Führungstendenzen und wissenschaftlicher Forschungsergebnisse vollzogen: die historisch-wissenschaftliche Grundlegung der nationalen Relativitätstheorie des Leninismus-Stalinismus war erfolgt.

Um die obengenannten Vorgänge aus dem Zusammenhang zu verstehen, müssen wir nebst einem entwicklungsmäßigen Hinweis die theoretischen Grundsätze der Nationalitätenpolitik in der UdSSR und, sei es auch nur skizzenhaft, ihre praktische Anwendung seit einem Menschenalter anführen:

Absage an Assimilierung und Imperialismus

Am 15. November 1917, wenige Tage nach dem Sieg der Oktoberrevolution, erließ die neugeschaffene bolschewistische Regierung unter Lenin — Stalin fungierte als Nationalitätenminister — eine «Deklaration der Rechte der Völker Rußlands», die für alle Nationen Rußlands Gleichheit und Souveränität, Selbstbestimmungsrecht bis zur Separation, Beseitigung sämtlicher Privilegien und Restriktionen und freie Entwicklung verkündete. Diese klare Absage an die zaristische Russifizierungspolitik unterschied sich terminologisch in keiner Weise von einem liberal-demokratischen Konzept fortschrittlichster Prägung. Die Schaffung nationaler Republiken und autonomer Gebiete unter dem Sowjetregime schien eine echte, freiheitliche Auffassung kommunistischer Nationalitätenpolitik nur zu bestätigen. Schließlich unterstrich auch die neue Verfassung der UdSSR von 1937 diesen Eindruck. Bis 1939 handelte es sich bei all diesen Manifestationen für ein friedliches Zusammenleben um Völkerschaften, die bereits Jahre und Jahrzehnte innerhalb des gemeinsamen Staatsverbandes gelebt hatten und dem auch prozentual wachsenden Übergewicht des Großrussentums (1939 — 58,4 %) bereits gewohnterweise entgegentraten.

Der proletarische Internationalismus wurde erst mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges aktuell. Die feierliche Absage der sowjetischen Führung an jedweden «Imperialismus» brachte der UdSSR zwischen 1939 und 1945 immerhin einen staatlichen Gebietszuwachs, der mit 179,742 Quadratmeilen zweimal die Flächenausdehnung Großbritanniens ausmachte und über 22 Millionen Einwohner aufwies. Bildete schon das engere Hoheitsgebiet der Sowjetunion mit heute rund 200 Millionen Menschen und 177 Rassen, Nationen und Stämmen den gewaltigsten Vielvölkerstaat der Erde, so ergaben sich nach der Kapitulation Deutschlands und Japans für den Kreml in Osteuropa, ab 1948 erst recht in Asien, ungewohnte Aufgaben. Damit waren Überprüfung und ideologischer Ausbau der bolschewistischen Nationalitätentheorie unumgänglich geworden. Trotz des verschrieenen «Brochürencharakters» der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Ideologie setzte bereits vor 1939 ein sehr kompliziertes Zusammenspiel der ideologisch-wissenschaftlichen Faktoren zur Stützung des sowjetischen Führungsanspruches im Bereich des Ostblockes ein.

Grundzüge des sowjetischen Nationalitätenprogramms

Der Versuch einer Skizzierung des seit 1917 angewandten und abgewandelten Nationalitätenprogramms ergibt u. a. folgende charakteristische Züge:

1. Die Aufrechterhaltung des Klassenkampfes bis zur eschatologischen Schlußphase des bolschewisierten Erdballs bleibt der oberste Grundsatz der Ideologie. Diesem Erfordernis des Klassenkampfprinzips mußte daher vornehmlich die Nationalitätenpolitik untergeordnet werden. Das Relikt des großrussischen Vormachtstrebens wurde durch die, vorwiegend nichtrussische, Führung der UdSSR im ersten Jahrzehnt ideologisch zum «Sowjetpatriotismus» umgedeutet. Während des Zweiten Weltkrieges wurde der oszillierende Begriff des «Sowjetvaterlandes» sogar rettender Rückhalt des Regimes.

2. Das Streben nach einer «Eunuchisierung» der nationalen Gegensätze innerhalb des gemeinsamen Territoriums prägt sich staatsrechtlich in der sowjetischen Verfassung aus: der Nationalitäten-Sowjet bildet als zweite «Kammer» die Spitzenvertretung der Völkerschaften der Sowjetunion. Er symbolisiert die Gleichheit und das Mitspracherecht der Nationalitäten in der UdSSR. Stalins frühe Abneigung gegen die mögliche Sprengkraft der «nationalen Autonomie» innerhalb eines buntscheckigen Vielvölkerstaates fand ihren gesetzgeberischen Niederschlag im «territorialen Prinzip» der nationalen Souveränität in den Sowjetrepubliken und autonomen Gebieten. So wird z. B. im Samojeden-Gebiet als Abgeordneter für den Moskauer Nationalitäten-Sowjet nicht eo ipso ein Samojede, sondern irgendein Bewohner dieses nationalen Territoriums gewählt, der auf Grund der parteipolitischen Auslese ebensogut Großrusse, Ugure oder Armenier sein könnte. Selbst wenn in einer «nationalen» Territorialhoheit, wie z. B. in der estnischen Sowjetrepublik, durch die Aussiedlung der meisten Angehörigen des estnischen Völkchens eine grundlegende Verschiebung eingetreten ist, bleibt das für die Wahl eines «nationalen» Vertreters, dank dem territorialen Prinzip, ohne jede Bedeutung.

3. Als Ausgleich zu den «zentrifugalen», sprachlichen und kulturellen Eigenrechten der sowjetischen Nationalitäten sind gleichzeitig noch andere Sicherungen vorgesehen:

- a) die Rote Armee unter straff einheitlicher Führung und mit einheitlicher Kommandosprache,
- b) die zentralisierten obersten Verwaltungsstellen der UdSSR mit Bevorzugung des Russischen,
- c) die KPdSU als ideologische Einheit und als Avantgarde gegen jede «nationalistische Derivation»,
- d) zentralisierte Wirtschaftseinheiten, die z. B. bis zum einzelnen Kolchis national «gemischt» organisiert werden.

4. Im Rahmen der Fünfjahrpläne entwickelt die Sowjetführung ein subtiles, nationalitätenpolitisch mitbestimmtes System der Entautarkisierung einzelner Produktionsgebiete. Selbstverständlich geht die sowjetische Wirtschaftsordnung etwa bei der Errichtung großer Industriekombinate oder in der Schaffung riesiger Monokulturen zuerst von adäquaten Gesichtspunkten aus. Wenn aber z. B. in Turkestan heute aus einem wirtschaftlich aufgegliederten Lande ein reines Baumwollgebiet geworden ist, so schimmert der nationalitätenpolitische Nebenzweck ohne weiteres durch.

5. Kulturell und sprachlich übt das Großrussentum auf die umgebenden Nationalitäten eine oft gar nicht beabsichtigte Sogwirkung. Vergessen wir vor allem nicht, daß, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, diese Nationen, Rassen und Stämme von einer niedrigeren Entwicklungsstufe her in der Zweisprachigkeit, in der Aneignung nationalrussischer Bildungselemente den echten Fortschritt, eine wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeit erblicken. Diesen nationalen Einheiten gegenüber bedeutet also Großzügigkeit in der nationalen Frage für den sowjetischen Staatsgedanken keinerlei Gefahr: die Muttersprache wird das Vehikel zur ideologischen und nationalen Angleichung. Hochschulbesuch und die Absolvierung gewisser Mittelschultypen stehen den Angehörigen einer Reihe von Nationalitäten der UdSSR außerdem bloß in russischer Sprache offen. Die vereinheitlichende Rolle des Russischen in kulturellen Dachorganisationen und bei der Vermittlung von Spitzenleistungen der Kultur leuchtet ebenfalls ein.

Humanitarismus oder machtpolitische Taktik?

Die Anwendung der marxistischen Nationalitätentheorie auf die politische Realität der sowjetischen Staatsführung zeigt im Lauf der Entwicklung nicht bloß, daß die kommunistische Ideologie heterogene Begriffe als Ausgangspunkte gewählt hatte, sondern auch, daß die Grundsätze dieser Nationalitätenpolitik ausschließlich innerhalb des *gesamten* Sowjet-Systems beurteilt werden können. Im ideologischen Gebäude des Kommunismus aber war und blieb den Belangen der Nationalitätenpolitik lediglich eine bescheidene Nebenkammer vorbehalten. Diskrepanze vieler Aktionen gegenüber der Theorie ließen mit Recht die Frage auftauchen, ob es sich in der Nationalitätenpraxis der Sowjetmacht um die humanitäre Verwirklichung unerschütterlicher Grundsätze oder um eine zweckbestimmte wechselnde Taktik imperialistischer Machtpolitik handelte. Welche Tatsachen aber lassen nach einem Menschenalter angewandter Nationalitätenpolitik die Echtheit und Auswirkung der ideologischen Vorzeichen bezweifeln?

1. Moskaus Verhalten gegenüber den verschiedensten Nationen seines Hoheitsbereiches verrät einander scheinbar widersprechende Methoden. Große, selbstbewußte und daher konkurrenzfähige Nationen wie die Ukrainer, die Polen, heute die Deutschen der Ostzone, mußten und müssen mit dem «Divide et Impera!» des Kremls rechnen. Jedes selbstbewußte Aufbegehren gegen den «Internationalismus des Weltproletariates» hatten die Partner mit nachweisbaren Säuberungs-epochen, Deportationen, Aussiedlungen, wirtschaftlichen Sanktionen, Aufspaltung in verschiedenartig behandelte Gruppen zu büßen. Als Symptom ist jene ungesicherte und umstrittene Behauptung bemerkenswert, wonach ein Programmpunkt in einem «Lenin'schen Geheimtestament» der sowjetischen Führung empfiehlt, die Bolschewisierung eines einheitlichen, in der Fülle seiner Macht bestehenden Deutschlands zu verhindern, da sonst der Vorrang der UdSSR als «Vaterland des Sozialismus» umstritten werden könnte.

Aber auch kleine Völkerschaften der europäischen Sowjetunion, wie die Georgier und andere Nationen des Kaukasus, oder Esten, Letten, Litauer an der Ostsee zogen aus der Zugehörigkeit zur UdSSR keine Vorteile. Andererseits ließ es sich die Sowjetmacht angelegen sein, aussterbende, hindämmende Völkchen mit größter Sorgfalt wieder zum Leben zu wecken. Aber auch für den asiatischen Teil des sowjetischen Herrschaftsbereiches liegt uns von dem Wiener Gelehrten München-Helfen eine Schilderung seiner «Reise ins asiatische Tannu Tuwa» im Jahre 1930 vor, die geeignet ist, den Leser bezüglich der angewandten Nationalitätenpolitik der Sowjets gegenüber kleinen Nationen sehr zu ernüchtern. Zeitlich näher liegen die Vernichtungsaktionen gegen das deutsche Element in Ostpreußen und Westpolen 1945 — Monate nach Beendigung der Kriegshandlungen in diesen Gebieten. Kurz, gerade die Randlage dieser kleinen Völkerschaften mit einem ausgeprägten nationalen Selbstbewußtsein beschwor Willkürakte der Sowjetmacht ohne jeden ideologischen «Hintergrund» herauf. Ihr Schicksal gemahnt nicht bloß an den weltpolitischen Zweikampf; es verrät eine eiskalte Machtpolitik nach erprobtem, imperialistisch-großrussischem Rezept.

2. Gewaltige Industrieplanungen mit ihrem Bedarf an Arbeitermassen, die strenge Durchführung des Klassenstandpunktes innerhalb der Nationen und damit die Ausschaltung und Deportation vieler Millionen Sowjetbürger in unwirtliche, «totsichere» Gegenden der Sowjetunion führten zur seltsamen Entstehung «sozialistischer» Gemeinschaften sui generis. Der geflüchtete ehemalige rot-spanische Revolutionsgeneral El Campesino gab für 1949 die Zahl dieser deportierten Zwangsarbeiter in seinem 1950 erschienenen Buch «Das Leben und der Tod in der UdSSR» mit 23 Millionen an. In diesen immer wieder aufgefüllten melting-potts des Grauens «schöpfen» Klima, Arbeits-

und Lebensbedingungen eine allerdings einmalige, neue «Auslese».

3. Zu erwähnen bleiben die neueren Erfahrungen sowjetischer Nationalitätenpolitik nach 1945 in Osteuropa und auf dem Balkan. Gerade die durch den «kalten Krieg» bedingten jähren Übergänge verraten die Triebfedern dieser Praxis oftmals deutlicher als «normalisierte» Verhältnisse. Die zugespitzte Klassenkampftheorie tritt hier ebenso in Erscheinung wie andererseits der Versuch zur Schaffung eines großslawischen, gemeinsamen Mythos — sogar den Madjaren und Rumänen gegenüber. Die Kremlpolitik bemüht sich also in der osteuropäischen Einflußzone, nicht bloß gewaltmäÙig durch «direkte Intervention» Fuß zu fassen; die kulturelle Werbung um diese Völker hat jedoch bisher versagt. Erst die völlige Verproletarisierung der Volksdemokratien dürfte zur Anerkennung der ideologischen, kulturellen und nationalen Suprematie des Sowjetrussentums führen.

Eine Revision und Anpassung dieser Grundsätze an die neue Wirklichkeit erfordert in anderer Weise die staatliche Neuschöpfung Mao Tse-Tungs. Die Sowjets konnten bisher in Asien aus der Identifizierung nationalistischer mit sozialrevolutionären Forderungen ungeschmälerte Vorteile gewinnen. Das Zusammenwirken der Sowjetunion und Rotchinas in Korea bietet vielleicht für die künftige Entwicklung asiatischer Nationalitätenpolitik innerhalb des «Ostblocks» einen noch wenig beachteten Auftakt.

Die Widerspiegelung in der Wissenschaft

Wie beim König Midas der kleinasiatischen Sage sich alle berührten Gegenstände in Gold verwandeln, so entwickelt sich im Dienste einer diktatorialen Staatsidee alles Wissenschaftliche zur utilitaristischen Komponente für die Stützung und Reinerhaltung der Ideologie. Begreiflicherweise konnte die russische Wissenschaft im ersten Jahrzehnt jene Aufgaben, die ihr die kommunistische Staatsführung stellte, nicht erfüllen. Im Gegenteil: das methodische Experimentieren führte Ende der Zwanzigerjahre zu einer Klimax westlicher Einflüsse in der sowjetischen Wissenschaft und Technik, bis das Regime mit harter Entschlossenheit zugriff. Die «Auseinandersetzung» war bald eindeutig entschieden. Doch der große finnische Prähistoriker Tallgren (gest. 1945) stellte damals im Jahrgang 1934 der Zeitschrift «ESA» («Eurasia Septentrionalis Antiqua») die Frage, ob es sich selbst ein Riesenreich und ein so mächtiges Volk wie die Russen leisten könnten, jeweils die Spitzenvertreter verschiedener Leistungsgebiete aus irgendwelchen ideologischen Rücksichten immer wieder zu «liquidieren». Zur Veranschaulichung veröffentlichte er gleichzeitig die Photographien der seit 1930 ausgetilgten russischen Prähistoriker.

Auf dem Gebiet der Nationalitätentheorie hatten die Führer Lenin und Stalin in der Herausarbeitung des Begriffes «Nation» ein ausgezeichnetes Beispiel der Dialektik geboten. Für den Doppelsinn der marxistischen Terminologie spielt dabei die Zäsur des Jahres 1917 eine entscheidende Rolle. Vorher gab es «bürgerliche» Nationen, die erst klassenkampfgerecht vernichtet werden mußten, bevor «sozialistische» Nationen als neue Schöpfung unter proletarischem Vorzeichen hervorgehen konnten. Der ideologische Übereifer der Adepten führte dann im neuen Sowjetstaat z.T. sogar zur völligen Abwertung des Nationsbegriffes, für die historische Entwicklung dann etwa zur Leugnung der «Migration», der Stammeswanderungen, durch den Linguisten Marr usw.

Andererseits entwickelten die historischen Wissenschaftler «Privattheorien», die keinerlei Rücksicht auf das herrschende Klassenkampfprinzip nahmen. Gerade die Prähistorie war bis 1930 z. B. durch den Einfluß des Wiener Vorgeschichtlers P. W. Schmidt und Oswald Menghins charakterisiert. Ja, ein Schüler Schmidts, Dr. Wilhelm Koppers, erteilte 1931 dem sowjetrussischen Gelehrten Bogoras einen besonderen Lobstrich für die «bürgerliche» Grundrichtung dieser Forschungstätigkeit. Unmittelbar darauf erfolgte eine Säuberungswelle, völlige Isolierung, vorsichtige und stille Gelehrtenarbeit der Überlebenden bis zur großen «Wende», deren Schlußstrich Stalin in seiner Kritik an der überspitzten «Überbau»-Theorie Marrs sichtbar zog.

Neue Wissenschaft als ideologischer Vorspann

«Ethnogenese» ist eine Wortschöpfung der jüngsten Jahre und weist mit dem Begriff der nationalsozialistischen «Volkwerdung» eine gewisse formale Ähnlichkeit bei kontradiktorischer Zielsetzung auf. «Ethnogenese» ist die Wissenschaft vom Werden der Völker, zu der in der Sowjetunion Prähistorie, physische Anthropologie, Linguistik und Historie als Teildisziplinen gehören. Im Gegensatz zur «geradlinigen» Rassentheorie des Nationalsozialismus stellt sich die Ethnogenese zur Aufgabe, Völker und Stämme als ein aus verschiedenen Elementen sehr allmählich Gewordenes zu verstehen: je komplizierter die rassischen Bildungselemente innerhalb des formenden Milieus — um so einfacher der Charakter des heute existierenden Volkes. Der Begriff der Nation wird bewußt ins «Dynamische» umgedeutet. Pantarei! Warum sollte man in dieser neuen Wissenschaft beispielsweise die «Migration» nicht anerkennen, die etwa chinesischen Einfluß auf sibirischen Boden offenbart? Spielen nationale Prestigefragen und Forderungen im Zusammenleben der Völker überhaupt noch eine Rolle? Weist denn die Ethnogenese nicht einwandfrei nach, daß z. B.

Ostslawen und Türken, die großen Gegenspieler im mittelasiatischen Raum, beide, blutmäßig und kulturell, Nachfahren der skythisch-sarmatischen Welt sind? Russen und Finnen gehören ihrer Herkunft nach viel enger zusammen als sämtliche Vertreter der finnisch-ugrischen Sprachengruppe untereinander. Lohnt es, sich über nationale Zwistigkeiten, ja gewaltsame Veränderungen innerhalb der Völkerwelt aufzuregen? Verdrängung, Infiltration, Vergewaltigungen auf dem Wege des Krieges? Nichts, als neue Akte der Ethnogenese! Der solcherart relativierte Nationalitätenkampf hat zwar noch nicht aufgehört. Dank der kommunistischen Klassenkampftheorie wird jedoch die Übergangsperiode bis zur «unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen» ebenso abgekürzt werden, wie andererseits die «Diktatur der unterdrückten Klasse» im weltweiten Ausmaß beschleunigt zur «Abschaffung der Klassen» führen wird.

Wie erwähnt, erfaßte die Sowjetführung während des Zweiten Weltkrieges bereits die eminente Bedeutung dieser nationalen Relativitätstheorie, die — mindestens in ihren Prämissen — auf Ergebnissen der «freien» Forschung beruhte. In gewandelter Fassung wiederholte sich eine Abwendung des stalinistischen Regimes von der konsequenten Schlußfolgerung der Ideologie, wie sie schon einmal zu Beginn der Zwanzigerjahre durch die Verurteilung der voreiligen trotzkistischen Welteroberungspläne stattgefunden hatte. Im Gegensatz zu Trotzki-Bronstein wollte Stalin mit der Weltrevolutionierung solange nüchtern zuwarten, bis das «Sowjetvaterland» eine hinreichende staatlich-nationale Machtbasis und für Westeuropa auf der Linie Stettin-Triest eine strategische Ausgangsfront besäße. In seiner posthumen Kritik an die Adresse des Linguisten Marr wies der praktische Nationalitätenpolitiker Stalin zugleich auch die Ideologen der Vorkriegszeit in die Schranken. Nach seiner weitgehenden Relativierung nimmt der «Nationsbegriff» heute einen etwas günstigeren Platz im Ideengebäude der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Begriffsbildungen ein.

Durchbruch zur freien Wissenschaft?

Materialisten sind Realpolitiker. Die historische Erinnerung an den Zarenstaat und an die Habsburgermonarchie zusammen mit der nationalen Entwicklung innerhalb der UdSSR seit 1917 haben die politische Führung der Sowjetunion zur Annahme dieser glänzend konzipierten nationalen Relativitätstheorie veranlaßt, die im kommunistischen Wirkraum keineswegs zu einem blutleeren Schattendasein verurteilt sein wird. Wesentlich dabei erscheint der Beitrag einer Wissenschaft, die heute aus allen Kräften gefördert wird, die frei forschen und

suchen darf. Das Optimum eines Gleichtaktes zwischen praktischer Führungspolitik und theoretischer Wissenschaft ist jetzt für das Gebiet der Ethnogenese durchaus gegeben.

Die Frage kann den europäischen und amerikanischen Beobachter beschäftigen, ob mit dieser «Verbürgerlichung» einer Wissenschaft und ihrer Freisprechung durch die kommunistische Führung tatsächlich das Morgenrot einer freien Wissenschaft in der Sowjetunion und innerhalb des Ostblockes begonnen hat. Man zögert mit der Zuversicht auf eine künftige, freie Entwicklung, weil immer neue Erfahrungen und der Formalismus der kommunistischen Ideologie nachdenklich stimmen. Terminologie und Form sind der «Geßlerhut» der politischen und kulturellen Führung im bolschewistischen Machtbereich. So wie in der demokratisierenden Sowjetverfassung von 1937 «westliche» termini aus der gemeinsamen Vergangenheit des Kommunismus mit der europäischen Sozialdemokratie wieder auftauchten, ohne daß sich der Inhalt des Staatsdenkens, die kollektivistische Ideologie auch nur im geringsten änderte, könnte jederzeit unter Zuhilfenahme einer freiheitlichen Terminologie, etwa von der Ethnogenese die Erarbeitung eines neuen «Inhaltes» gefordert werden, der — auf Kosten der Forschung — die heutige Harmonie zwischen Politik und historischer Wissenschaft jäh zerstören würde. Der politischen Dialektik ist jede Wissenschaft in dem Maße gewachsen, als sie bereit ist, sich von ihr jeweils Ziele und Grenzen abstecken zu lassen. Deshalb neigen wir dazu, diese Epoche der wissenschaftlichen Freiheit einer großen Disziplin in der Sowjetunion solange als Pause und «Zufall» zu bezeichnen, als die Entwicklung des gesamten ideologischen Systems nicht das Gegenteil lehrt.